

Schweiz

Ein Kind adoptieren - und dann ab in die bezahlte Pause

Im Parlament läuft ein neuer Versuch, einen Mutterschaftsurlaub bei Adoptionen einzuführen.

Fabian Renz
Bern

Nimmt ein Paar ein Adoptivkind bei sich auf, kann für die Familie eine harte Zeit anbrechen: Je nach Arbeitgeber haben Mutter und Vater täglich weiter im Büro oder auf der Baustelle zu erscheinen - freie Zeit, sich an das neue Familienmitglied zu gewöhnen, ist ihnen vom Bundesrecht her nicht vergönnt. Damit werden sie weniger freundlich behandelt als Eltern, bei denen sich der Nachwuchs auf biologisch-natürliche Weise einstellt: Für die Mutter sieht das Gesetz in diesem Fall einen Urlaub von 98 Tagen vor. Der Bundesrat findet die Ungleichbehandlung gerechtfertigt, wie er vor einiger Zeit festhielt: «Der Mutterschaftsurlaub fördert nicht nur die Mutter-Kind-Beziehung, sondern dient auch der Erholung nach Schwangerschaft und Geburt.» Eine Adoptivmutter darf aus bundesrätlicher Sicht an den Arbeitsplatz befohlen werden, da sie keine Schwangerschaftsbeschwerden hinter sich hat.

«Der Bundesrat kann doch nicht so tun, als sei eine Adoption das Gleiche wie ein Autokauf.»

CVP-Nationalrat Marco Romano

Trotzdem steigt nun der Druck, die Situation der betroffenen Familien zu verbessern: Nächste Woche wird die Sozialkommission des Ständerats über einen Mutterschaftsurlaub nach Adoptionen beraten. Angestossen wird die Debatte vom Kanton Neuenburg, der eine entsprechende Standesinitiative beim Parlament in Bern deponiert hat. Der Tessiner CVP-Nationalrat Marco Romano freut sich über die Unterstützung aus der Westschweiz: Er kämpft mit einer parlamentarischen Initiative für das gleiche Anliegen. «Ein Adoptionsverfahren dauert Monate, man reist sehr viel herum, muss viel komplizierte Administration durchmachen. Das ist alles sehr belastend», sagt Romano. Der Bundesrat könne doch «nicht so tun, als sei eine Adoption das Gleiche wie ein Autokauf.»

«Unser Land braucht Kinder»

Für die neuen Vorstösse hofft Romano nun auf ein besseres Schicksal, als es seiner Motion für «hart geprüfte Familien» vor einem Jahr beschieden war. Dieser Vorstoss für einen Adoptions-Elternurlaub wurde im Nationalrat abgelehnt, allerdings relativ knapp mit 98 zu 88 Stimmen. «Ich hatte den Fehler gemacht, für meine Motion im Vorfeld nicht zu werben, da mich ein anderes Geschäft in Beschlag nahm», sagt Romano. Bei seiner neuen parlamentarischen Initiative will er es besser machen. Auch das Neuenburger Kantonsparlament denkt taktisch: Um die Erfolgchancen zu erhöhen, fordert es in seiner Standesinitiative ausdrücklich einen Mutterschafts- und nicht einen Elternurlaub (wie noch Romanos letztjährige Motion): «Die Einführung einer Erwerbsausfallentschädigung für Adoptivväter ist derzeit schlicht und einfach nicht vorstellbar», heisst es in der Begründung.

Die Schweizerische Fachstelle für Adoption setzt grosse Hoffnungen in die anlaufende Urlaubsoffensive: «Es geht hier letztlich um die Gleichbehandlung aller Bürger», sagt Geschäftsleiter Rolf Widmer. Tatsächlich gibt es auch geografische Ungleichheiten. Gutgestellt sind Adoptiveltern zum Beispiel, wenn sie im Kanton Genf wohnen. Für sie sieht das kantonale Recht einen Elternurlaub vor, der dem «normalen» Mutterschaftsurlaub stark gleicht. Verschiedene Kantone (etwa ZH, SG, JU, VS, FR) sind zumindest ihren eigenen Angestellten gegenüber grosszügig, wenn sie Kinder adoptieren - das gilt auch für manchen privaten Arbeitgeber.

Vierorts gibt es aber immer noch nichts. Nationalrat Romano, obschon ein «Freund des Föderalismus», möchte jetzt auf Bundesebene gewisse «Minimalstandards» setzen: «Unser Land braucht schliesslich Kinder.»



Ob es ihr leibliches Kind ist oder nicht: Eine junge Mutter hat laut einem Vorstoss Anspruch auf Urlaub. Foto: Adam Haglund (Plainpicture)

Das sieht der freisinnige Nationalrat Andrea Caroni (AR) dezidiert anders. «Es ist nicht Aufgabe des Staates, die Kinderraten zu steuern.» Caroni überzeugt auch die restlichen Argumente für einen Adoptionsurlaub nicht - etwa dass Mutter und Kind Zeit bräuchten, sich aneinander zu gewöhnen. «Man darf ein Kind schliesslich gar nicht adoptieren, wenn man es nicht zuerst kennen gelernt hat.»

Und dann sind da natürlich die Kosten - mit ein Grund, weshalb der Adoptionsurlaub auch von Arbeitgeberseite skeptisch beurteilt wird. «Das Ziel müsste es eigentlich sein, die Sozialversicherungen zu entlasten, statt ihnen ständig neue Aufgaben aufzubürden», sagt Daniella Lützeltschwab vom Schweizerischen Arbeitgeberverband. Die Gewerkschaft Travail Suisse hält dem entgegen, dass es nur um wenig Geld ginge. Je nach Modell

wären laut Travail Suisse etwa zusätzliche 3,5 Millionen Franken pro Jahr nötig. Falls nur die Mütter unterstützt würden, bräuchte es gar nur 2,8 Millionen (Berechnung für das Jahr 2010).

Eine reine Mütterlösung aber, wie sie Neuenburg explizit fordert, macht die Sache für Andrea Caroni nicht bekömmlicher. Im Gegenteil: «Diese Bevorzugung der Frau ist für mich ein zusätzlicher Grund, Nein zu sagen.»

Kinderwunsch

Die Zahl der Adoptionen sinkt seit Jahren

Fabian Renz
Bern

Schweizerinnen und Schweizer wollen nach wie vor Kinder - sagt jedenfalls das Bundesamt für Sozialversicherungen: In einer Studie des Amtes von 2009 gaben 81 Prozent der befragten Kinderlosen an, dass sie später einmal auf Nachwuchs hoffen. Der Kinderwunsch im Land sei damit «sehr stark ausgeprägt», hielten die Autoren fest.

Umso auffälliger ist, wie die Zahl der Adoptionen seit vielen Jahren schwindet. 1980 wurden gemäss Bundesamt für Statistik 1583 Personen adoptiert. Bis in die 90er-Jahre blieben die Werte vergleichbar hoch, dann folgte der Niedergang - bis zum absoluten Tiefstand von 2013, als noch 425 Adoptionen zu verzeichnen waren.

Gemäss der Gewerkschaft Travail Suisse ist vor allem die Fortpflanzungsmedizin verantwortlich für die Abwärtskurve. Dank Techniken wie der In-vitro-

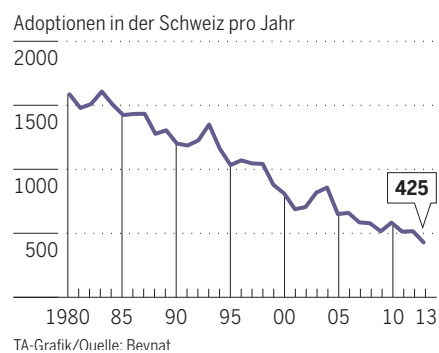
Befruchtung sei es heute bedeutend einfacher als früher, selbst Kinder zu bekommen, hält Travail Suisse fest.

Ein weiterer Grund sind aber die Gesetze. «In den 80er-Jahren waren Adoptionen noch eine Art Privatbusiness», sagt Rolf Widmer, Geschäftsleiter der Schweizerischen Fachstelle für Adoption. Die Wende kam mit dem Haager Kinderschutzabkommen in den Jahren nach 1993. Eine Adoption im Ausland ist seither mit strengen Auflagen verbunden. Stets ist zuerst der Nachweis erforderlich, dass das begehrte Kind in seinem eigenen Land nirgendwo platziert werden kann.

Manche Staaten haben von sich aus gewisse Restriktionen ergriffen. Ein Mädchen oder einen Knaben zu adoptieren, sagt Rolf Widmer, «ist für Schweizer derzeit nur noch in drei Staaten verhältnismässig einfach möglich: Haiti, Russland und Thailand. Alle anderen Ländern haben die Möglichkeit stark eingeschränkt.»

Würde der Bund also einen Mutterschaftsurlaub bei Adoptionen beschliessen, profitierte davon eine Minderheit, die in Zukunft wohl weiter schrumpfen wird. «Dass die Zahl der Adoptionen wegen eines solchen Urlaubs wieder wächst, ist zu bezweifeln», sagt Widmer.

Schweizer adoptieren kaum noch Kinder



Churer Bischof gibt nicht nach

Bischof Vitus Huonder hat sich gestern mit Vertretern der Allianz getroffen, die seine Absetzung fordert.

Michael Meier

Im März hatte eine breite Allianz aus traditionellen Verbänden und basiskirchlichen Organisationen zu einer Kundgebung unter dem Motto «Es reicht!» nach St. Gallen eingeladen. Sie forderte von der Schweizer Bischofskonferenz und dem Vatikan, für eine neue Leitung im Bistum Chur zu sorgen. Das heisst konkret die Einsetzung eines Administrators für das Bistum Chur.

Gestern Montag nun hat Huonder zusammen mit seinem Generalvikar Martin Griching eine Zweierdelegation der Allianz zu einem Gespräch empfangen und im Nachgang eine zuvor verfasste dreiseitige Stellungnahme veröffentlicht. Er hofft, schreibt Huonder, «dass die Allianz aufhört, im Namen einer glaubwürdigen, toleranten Kirche Mitglieder der Bistumsleitung öffentlich zu diskreditieren und deren Entfernung zu fordern - sei es die Entfernung meiner eigenen Person oder von Mitarbeitenden». Damit praktiziere die Allianz selber Ausgrenzung und Diskriminierung, wie sie sie fälschlicherweise der Churer Bistumsleitung vorwerfe.

Emotional und doch sachlich

Deren Aufgabe sei es, den Glauben, gelegentlich ungelegen, unverkürzt zu verkündigen, etwa die Unauflöslichkeit der Ehe. Es gehe um unverhandelbare Glaubensvorgaben, auch wenn diese von vielen als hart und dogmatisch, ja als unbarmherzig empfunden würden. Grosse Teile der Gesellschaft lehnten wesentliche Elemente des Glaubens ab. Auch die Allianz tue dies und verlange Reformen in Richtung Frauenpriestertum oder einer angepassten Sexualmoral. Kein Bischof könne jedoch Reformwünsche erfüllen wie etwa das Priestertum der Frau. Papst Franziskus sage deutlich, dass die Frauenordination eine Frage sei, die nicht zur Diskussion stehen könne.

Die Allianz hatte etwa den Vorschlag Huonders als beschämend und anmassend zurückgewiesen, wonach homosexuelle, wiederverheiratete geschiedene und im Konkubinat lebende Katholiken künftig mit vor der Brust verschränkten Armen vor den Priestern treten und anstelle der Kommunion einen Segen erhalten sollen. Huonder entgegnet, dies sei kein «Churer Sonderweg der Ausgrenzung», sondern vielerorts gängige Praxis der Kirche. Sogar das Vorbereitungspapier der Bischofssynode zu Ehe und Familie in Rom habe seinen Vorschlag aufgenommen.

Das Gespräch sei gleichzeitig emotional und sachlich gewesen, schreibt die Allianz «Es reicht!» in ihrem Communiqué. Ein echter Dialog mit der Churer Bistumsleitung sei nur teilweise möglich. Einig sei man sich darin, dass das Gespräch zu den Forderungen der Allianz über die Schweizer Bischofskonferenz laufen solle. Mit ihr hat bereits am 1. September ein erstes Gespräch stattgefunden.

Kreuz & verquer



«Noch nie wollte die Schweiz so viele Flüchtlinge nach Italien zurückschicken», berichtete der «Blick» gestern - und überschrieb den Artikel mit

einem geografisch etwas problematischen Titel: «Asyl-Stau am Gotthard». Vielleicht wurde damit bezweckt, die «Bad News» auf der nächsten Seite verdaulicher zu machen. Dort findet sich nämlich ein Bericht über einen «Horror-Lehrer», der seine Schüler in einem Dorf im Südtessin piesackte. Die chauvinistische (Deutsch-)Schweizer Leserschaft des «Blicks» sollte wohl denken: Zum Glück unterrichtet der nicht bei uns im Land, sondern dort, wo wir die Flüchtlinge hinschicken wollen - irgendwo auf der anderen Seite des Stau-Gotthards. (fre)